

KOMMUNALES WOHNRAUM-MANAGEMENT NICHT ERWÜNSCHT

Nicht nur Benzin-, Gas-, Lebensmittel- und andere Preise steigen gegenwärtig in beängstigender Geschwindigkeit. Ungelöst ist auch das Problem des weiterhin knappen und überpreuerten Wohnungsmarktes in Göttingen. Durch die Preissteigerungen in anderen Bereichen trifft viele von uns jede Verteuerung der Mieten noch härter als in früheren Jahren. Damit muss endlich einmal Schluss sein!

Sichtbar wird die unsoziale Wohnungspolitik der von SPD, CDU und FDP dominierten Ratspolitik in Göttingen unter anderem im Stadtteil Göttingen-Grone, in dem viele wohnen, die den Euro zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Die Mieten steigen kontinuierlich an. Zwar gibt es eine sogenannte Kappungsgrenze bei Modernisierungen. Aber diese Kappung – 2 Euro bei einer Miete von 5,40 Euro pro qm – führt häufig immer noch zu einer Mieterhöhung, die weit hinter allen Lohnerhöhungen der letzten Jahre zurückbleibt, von Renten- oder gar BAföG-Erhöhungen ganz zu schweigen.

Der Hauptgrund für diese Lage ist, dass SPD/CDU/FDP, aber auch andere Parteien im Rat, trotz aller anderslautenden schönen Worte im Grunde überhaupt kein kommunales Wohnraum-Management



Die Energiesparvorschläge werden immer kurioser – hier die Kretschmann-Dusche

betreiben. Sondern daraufsetzen, dass private Investoren, denen der rote Teppich ausgerollt wird, sich schon sozial benehmen und durch gute Worte zu Wohltätern erzogen werden. Das funktioniert aber nicht, weil auch der wohlmeinendste Investor letztlich, um seine Kapitaleigner zufriedenzustellen, doch die am Markt üblichen Renditen liefern muss – notfalls eben auf Kosten der sozial schwächeren Mieter.

Daraus gibt es auf absehbare Zeit nur eine Lösung: Die Stadt muss ihre Flächen bzw. Flächen, die anderen öffentlichen Einrichtungen gehören (z.B. der Klosterkammer) in Eigenregie und ohne Einschalten privater Investoren bewirtschaften mit bezahlbaren, ökologisch und energetisch vernünftigen Wohnungen. Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört aus der Hand privater Investoren in die öffentliche Hand überführt!

(ms)

KULTURTIPPS

Liebe Leute, nach allem was täglich anfällt und wir aushalten müssen, darf auch ein bisschen Ablenkung und Kultur sein. Wir haben hier einige Vorschläge, mit denen man gut ein paar freie Minuten verbringen kann.

Warten auf'n Bus

Eine Bushaltestelle tief in Brandenburg. Zwei Männer warten auf'n Bus und reden über ihr Leben. Offen, ehrlich. Die Themen sind vielfältig, die Dialoge direkt aus der brandenburgischen Seele.

ARD Mediathek (<https://kurzelinks.de/1k2t>)

Doppelhaushälfte

Zwei Welten unter einem Dach. Eine Doppelhaushälfte im Grünen – dorthin verschlägt es in dieser Comedy-Serie eine Berliner Familie. Die Bewohner der anderen Hälfte sind skeptisch, ob die Neuen sich ordentlich integrieren können.

ZDF Mediathek (<https://kurzelinks.de/ivfv>)

Urlaub trotz Kindern

Statt ein Ferienhaus zu mieten (Achtung: Sachbeschädigungen! Gute Haftpflichtversicherung nötig!), macht die Familie Camping. Entspannter ist es deswegen aber trotzdem nicht immer. Moritz Neumeier beschreibt schonungslos ehrlich und extrem witzig, wie sehr sich das Leben als Vater ändert, was ein Urlaub mit Kindern bedeutet, wie man es aushält, wenn man, anders als im Kita, Schul- oder Arbeitsalltag, so nah aufeinander hockt und wie man es schafft, sein Kind (fast) nicht anzubrüllen.

Polyglott ISBN:3846408689 (<https://kurzelinks.de/z2hv>)



UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

HUNGERN ODER FRIEREN? NICHT MIT UNS!

Der Winter wird kalt, das ist klar. Wirtschaftsminister Habeck schwört uns schon seit dem Sommer aufs Sparen ein. Man fragt sich, wo man bitteschön noch sparen soll? Aber um Vorschläge sind die Damen und Herren Politiker nicht verlegen. Kalt oder gar nicht mehr duschen, Heizung runter und am besten nur noch ein Zimmer heizen. Geht's noch??

Wer soll das bezahlen?

Für viele ist das Sparen aber sowieso schon lange der Normalzustand. Und das dicke Ende kommt erst noch. Jetzt schon spuckt der Preisrechner der Stadtwerke für eine 70m² Wohnung in Grone einen Jahrespreis für Gas von über 1.000 Euro aus. Bis zum Jahresende könnten sich die Gaspreise aber noch vervielfachen! Obendrauf haut die Politik noch die Gasumlage, mit der wir alle gezwungen werden, einem Energieunternehmen die Gewinne zu sichern. Die Jahresendabrechnung wird für viele von uns ein dickes Problem. Und alles andere wird auch immer teurer und teurer.

Schluss damit! Her mit 8Plus!

Hungern oder frieren? Das ist hier die Frage für immer mehr Leute, auch bei uns in Göttingen. Was dagegen hilft? Die „Hilfen“ der Regierung jedenfalls nicht. Einmalig 300 Euro helfen genau gar nix. Einen

ACHTUNG!

**Gas-Hauptabsperrvorrichtung
Zugang nicht versperren**

**STADTWERKE
GÖTTINGEN AG Tel.:05 51/301-0**

Es wird ein kalter Winter werden für alle, die eh zu wenig haben

Preisstopp für die Energiepreise wird's mit der Regierung nicht geben. Also müssen die Löhne steigen! Im September beginnen die Verhandlungen und Streiks in den Metall- und Elektrobetrieben. Wenn die Arbeiter bei Sartorius, Mahr usw. für 8% mehr Lohn kämpfen, ist das nicht nur deren Sache. Wir sollten sie alle unterstützen! „8Plus“ heißt die Losung, denn 8% gleicht gerade mal aus, was uns die hohen Preise klauen. Starten wir den Gegenangriff gegen die Teuerung!

(sl)

NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Unsere Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

LANDTAGSWAHLEN: VIELE FRAGEN, WENIG ANTWORTEN

Mehr und mehr werden wieder die Laternenpfähle und andere Stellen im öffentlichen Raum mit Plakaten der Parteien behängt, die sich um ein Mandat im niedersächsischen Landtag bewerben. Nach der Auszählung der Stimmen am 9. Oktober wird unter anderem die Frage entschieden sein, ob der gegenwärtige Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) weiterhin in der Staatskanzlei in Hannover residieren und regieren darf oder abgelöst wird durch einen Politiker der CDU oder der Grünen.

Die Plakate und die Zuspitzung auf diese Personalfrage gaukeln ein Bild der Normalität vor. Dieses Bild der Normalität bekommt aber zunehmend Risse – und das, obwohl die in wechselnden Koalitionen in ganz Deutschland regierenden Parteien (SPD/CDU/Grüne/Linke/FDP) in dieser zunehmenden Rissbildung auf derselben Seite der Risse stehen: Sie alle befürworten mehr oder weniger energisch den Wirtschaftskrieg gegen Russland, sie alle befürworten – mit Nuancen bei Waffensystemen – Lieferungen von Kriegsmaterialien in die Ukraine, sie alle stehen schulterzuckend und wehrlos der zunehmenden Verarmung von Millionen durch Inflation, Gasumlagen und hinter der Preissteigerung zurückbleibenden Tariflohnentwicklungen gegenüber.

Die Lage ist anders als dieses Bild scheinbarer Normalität: Das Zündeln an den russischen Grenzen geht auch im 76. Jahr des Überfalls Deutschlands auf Russland am 22. Juni 1941 munter weiter mit Haubitzen und Freiwilligen, deren Großväter schon bei der damals begonnenen „Operation Barbarossa“ dabei waren.

Das damit verbundene Aufrüstungsprogramm schlägt unmittelbar auf die Finanzen auch des Bundeslandes Niedersachsen durch – mit gravierenden Folgen, die bis in die Verästelungen des Göttinger Lebens hinein spürbar sind. Die Universität als der weiterhin größte Joblieferant im Göttinger Land entfernt sich Jahr für Jahr weiter von ihrem Ziel, zu einer der herausragenden Universitäten im Lande zu zählen und die damit verknüpften Fördermittel aus Töpfen der EU und privaten Unternehmen abzuschöpfen. Im Ergebnis werden befristete Stellen hoffnungsvoller Wissenschaftler nicht verlängert und die jungen Leute packen ihre Sachen, um ihr berufliches und privates Glück anderswo zu suchen. Dem Landeshaushalt fehlen

finanzielle Mittel und der politische Wille, diesen Trend umzukehren.

Das selbe Bild bietet sich auf den anderen Politikfeldern, die von der landespolitischen Ebene maßgeblich beeinflussbar sind: Die bauliche Substanz vieler Schulen zerbröckelt weiter, die Lernrückstände, die vor allem Kinder aus nichtakademischen Schichten in der Corona-Epidemie erleiden mussten, verfestigen sich, weil entsprechende Förderlehrerinnen und -lehrer fehlen und die Perspektiven vieler Schülerinnen und Schüler sind im angelaufenen Schuljahr angesichts der Debatten um neue Corona-Wellen eher von Ängsten als von Hoffnungen geprägt.

Noch düsterer ist die Perspektive im Gesundheitsbereich: Die Überlastung vieler Krankenpflegekräfte hat sich chronifiziert und die Unterfinanzierung des gesamten Gesundheitsbereiches – von den horrenden Gewinnen einiger Pharmakonzerne abgesehen – wird auch unter der kommenden Landesregierung bestehen bleiben, egal, wer sie anführt.

Helfen könnte nur ein Kurswechsel auf Bundesebene. Die ist auch von der Landespolitik beeinflusst. Ein bisschen mehr „Brandenburg“ wäre allen hiesigen Parteien zu wünschen – also der Mut, sich gegen den Mainstream zu stellen und beispielsweise eine Öffnung der fertig gebauten NordStream 2 zu fordern, um nicht abhängig zu werden von hochgiftigen US-amerikanischen Fracking-Gas oder Energieträgern aus den menschenrechtsverachtenden Schlächterregimen des Nahen Ostens.

Für die Entscheidung in der Wahlkabine am 9. Oktober gibt die DKP keine Empfehlung ab. Vielleicht kennt ja der eine oder andere aus dem Leserkreis dieser Zeitung gute KandidatInnen, die er oder sie persönlich kennt und der daher zu Recht das Vertrauen per Kreuz erhält.

Entscheidend wird weniger die Handlung am 9. Oktober als vielmehr das Handeln von uns allen nach dem 9. Oktober sein – auf der Straße, in den Betrieben, gegen die Zumutungen einer (Wirtschafts-)Kriegspolitik, die immer unser Leben und unseren Wohlstand bedroht.

(ms)

GÖTTINGEN ZWISCHEN SPAREN UND PROFIT

Göttingen taucht in der bundesweiten Berichtserstattung selten auf. Letztes Jahr waren wir wegen der legendären „Wels frisst Schildkröte“-Geschichte und dieses Jahr wegen der „Oben Ohne für Alle“-Aktion an Wochenenden in den Schwimmbädern in den nationalen und internationalen Medien. Dagegen dürften die Sparmaßnahmen in Göttingens Bädern kaum relevante mediale Aufmerksamkeit erhalten, weil es nichts Besonders mehr ist. Vor allem angesichts der Tatsache, dass Sparen ein neuer Volkssport geworden ist. Die Temperaturen in den Göttinger Bädern wurden im April gesenkt. Die Sauna-Landschaft in der Eiswiese wurde bereits in August teilweise geschlossen. In der Diskussion ist eine vollständige Schließung der Bäder in Göttingen.

Für viele wird die Sparpolitik weder freiwillig sein noch ein Akt der vermeintlichen „Solidarität“. Angesichts drohender Verdreifachung der Heizungskosten für die privaten Haushalte beginne ich mir Gedanken über weitere kluge Reduzierung der Gasverbrauch in der Mietwohnung zu machen. Außerdem habe ich mir bereits vor Monate eine elektrische Heizung besorgt. Denn ich habe kein Bock auf Schimmel, feuchte Wohnung und erkältete Kinder mit Asthma.

Die steigenden Heizungskosten, steigende Sprit- und Lebensmittelpreise bereiten Millionen von Menschen ernsthafte Sorgen und bedeuten schon jetzt, noch vor der Umsetzung der Gasumlage, einen massiven Verlust an Lebensqualität für viele.

Gespart wird überall, ob im Privaten, im öffentlichen Raum oder bei der Arbeit, in Schule und Uni. Dieser Sparpolitik steht das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung in Höhe von 100.000.000.000 € entgegen. An der Rüstung soll nicht gespart werden.

Die Korke dürften bei den Rüstungsfirmen seit Februar 2022 ständig fliegen. Die Aktien des bayerischen Konzerns Hensoldt stiegen um 112% und unweit von uns stiegen die Aktien der Kasseler Rheinmetall um „nur“ 64%.

Aber nicht nur die großen Firmen sind Profiteure des Krieges im Osten. Auch die aus unserem Landkreis stammende Rüstungsfirma „Kappa optronics GmbH“ in Gleichen gehört sicher zu den Kriegsgewinnlern. Kappa hat neben der „Defense Business“-Sparte auch eine zivile Sparte im Bereich Auto, Zug oder Schiff. Das

Unternehmen hatte vor Kriegsbeginn über 100 Mitarbeiter und gehört zu den kompetenten-Zulieferern im Bereich der Kriegsindustrie.

Kappa ist ein Spezialist für integrierte Kamerasysteme und spielt mit bei den großen Spielern der Rüstungsindustrie. Im Juni verkündete die Firmenleitung stolz ihren Zuschlag für das Großprojekt von Airbus zur Herstellung der modernsten Drohnen Europas. Drohnen sind eine der zentralen Waffensysteme der modernen Kriegsführung. Kurz danach, ebenfalls im Juni, wurde die Übernahme der bayerischen Firma „Schmid Engineering GmbH“ durch Kappa bekanntgegeben. Stellenabbau ist nicht geplant, stattdessen Stellenaufbau und Expansion nach Madrid, Spanien. Die Übernahme fand bereits zum ersten Mai 2022 statt.

Diese offensichtlich steigenden Gewinne mildert die „großzügige“ Spende von Kappa an ukrainische Flüchtlinge in Höhe von 1324 € keineswegs. Wenn bald mit europäischen Drohnen Menschen überall in der Welt umgebracht werden, dann hat auch die unauffällige kleine Firma in Gleichen bei Göttingen mitverdient. Kriege beginnen hier und wir bezahlen Sie mehrfach. Wir bezahlen einmal mit erzwungenen Sparmaßnahmen, weil wir uns die Heizung nicht mehr leisten können oder z.B. durch Bäderschließungen unsere Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt werden. Und wir zahlen sie durch kommende Kürzungen im Sozialsystem und bei der nächsten Runde Steuergeschenke an die Reichen. Wir bezahlen Sie erst recht, wenn wir und unsere Kinder für die Profite der Konzerne in den Krieg geschickt werden sollten.

Jeder Forderung nach Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (z.B. 9-Euro-Ticket als Projekt der Grünen) muss die Frage gestellt werden, wer am Ende diese „Wohltätigkeiten“ bezahlen soll. Wenn die Kriegs- und Krisengewinner, die nicht nur in der Rüstungs- und Mineralölindustrie zu finden sind, nicht zur Kasse gebeten werden, dann zahlen wir am Ende selbst.

(tl)